

ARGENTINIEN

SOFÍA CHICO

BERND LÖHMANN

19. November 2010

www.kas.dewww.kas.de/argentinien

Der G20-Gipfel in Korea

REAKTIONEN AUS ARGENTINIEN

Die Nachrichtenlage in Argentinien war in den vergangenen Wochen vom Tod Néstor Kirchners, des Ex-Präsidenten Argentiniens und Ehemanns der aktuellen Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner, beherrscht. Vor allem die Neudefinition der innenpolitischen Fronten entwickelte sich zum herausragenden Thema. Die Frage war, wer im Apparat der Casa Rosada die Rolle des Machtpolitikers und Strippenziehers Kirchner würde ausfüllen können. Zumindest vorübergehend wurden andere bedeutende nationale und internationale Ereignisse nicht oder nur sehr am Rande wahrgenommen.

Nach Beendigung der kolossalen Trauerfeierlichkeiten und nach Wiederaufnahme der Regierungsgeschäfte durch die Präsidentin traten andere Themen langsam wieder ins Blickfeld – so auch das Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20 in Seoul. Zunächst aber waren es nicht in erster Linie die Inhalte des Treffens, die das öffentliche Interesse auf sich zogen. Vielmehr wurde mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, wie die Präsidentin den ersten wichtigen außenpolitischen Auftritt nach dem Tod ihres Mannes bewältigen würde. Angesichts einer Präsidentin in Trauer war die Tonlage der Berichterstattung und Diskussion in den öffentlichen Medien insgesamt, aber auch mit Sicht auf das G20-Treffen für argentinische Verhältnisse relativ gedämpft und weniger kontrovers. Dennoch fiel die Bewertung des Gipfels nicht einheitlich aus.

Was waren die politischen Themen, die die argentinische Regierung setzte? Welche Fragen spielten unter Experten und in den öffentlichen Medien eine wesentliche Rolle? Aus der am Ende doch umfangreichen öf-

fentlichen Debatte stachen folgende Themen heraus.

"Währungskrieg"

Besonders der sogenannte, die Stabilität der Weltwirtschaft bedrohende "Währungskrieg" wurde intensiv kommentiert. Er drängte beispielsweise die Diskussion um die Finanzreform in den Hintergrund.¹ Häufig gab es die vereinfachende Wahrnehmung, dass sich im Währungsstreit zwei große Meinungsgruppen gegenüber stehen würden. Zu der einen Gruppe gehörten demnach die Schwellen- und Entwicklungsländer, die sich weigerten, auf eine eigene Wechselkurspolitik zu verzichten, und die nicht gewillt seien, eine Aufwertung ihrer Währung zuzulassen. Die zweite Gruppe bilde sich aus einigen Industrieländern, die bestrebt seien, ihr Defizit über eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exporte abzubauen. Allerdings bestehe in dieser Gruppe keine absolute Einstimmigkeit, da die expansive Geldpolitik der USA zu Meinungsverschiedenheiten mit Europa geführt habe. Intensiv wurde die Haltung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel wahrgenommen, als sie US-Präsident Barack Obama aufforderte, die Auswirkungen der Geldpolitik seiner Regierung auf die restliche Welt zu bedenken. In Argentinien wurde das Auftreten der Bundeskanzlerin für eine „Offensive“ gegen die USA oder auch für ein freundliches „Augenzwinkern“ gegenüber China gehalten.²

Einmütig wird Argentinien in der Währungsfrage an der Seite der BRIC-Staaten – Bra-

¹ Vgl. Clarín, 10.11.2010, S. 22.

² Vgl. Ebd.

ARGENTINIEN

SOFÍA CHICO

BERND LÖHMANN

19. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

silien, Russland, Indien, China – verortet. So äußerte Präsidentin Cristina Fernández die Sorge, dass der Währungs- und Handelskrieg die in den Industrieländern vorherrschende Stagnation auf Drittländer – darunter Argentinien – übertragen könne, welche bisher von diesen Schwierigkeiten weitgehend verschont geblieben seien. Die argentinische Regierung hob darüber hinaus hervor, dass sie nicht bereit sei, auf eine eigene Währungspolitik zu verzichten. Auch werde sie weiterhin die Kontrolle über kurzfristige Kapitalzuflüsse ausüben.³

Die der Regierung nahestehenden Medien unterstützten die offiziell vertretene Haltung. Dabei argumentierten sie, eine von den Industrieländern geforderte Aufwertung der Währungen in den Schwellenländern werde die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportgüter vermindern und zugleich die Importe aus den Industriestaaten verbilligen. Damit werde die Wachstumskrise über den Handel auf die Schwellenländer übertragen.⁴ Darüber hinaus sei zu befürchten, dass ein geringeres Wirtschaftswachstum Chinas die wirtschaftliche Lage Afrikas und Lateinamerikas, die ihre Produkte, vor allem Rohstoffe, in das Reich der Mitte exportieren, empfindlich treffen werde.

In verschärfter Form wird der Interessengegensatz zwischen Industrie- und Schwellenländern insbesondere in einigen regierungsnahen Medien dargestellt. Nicht ohne Häme titelt eine regierungsnaher Zeitung: „Die G20 diskutiert, wer die Kosten der Krise tragen soll.“⁵ Angedeutet wird, dass die Gruppe der Industrienationen die Schuld für den Kollaps der Finanzmärkte trage, nun aber versuche, die Schwellenländer mit in die Verantwortung zu ziehen. So werde die G20-Runde zum Schauplatz eines weltweiten Konflikts, in dem die Industriestaaten vor allem durch die Rezepte des Internationalen Währungsfonds versuchten, ihre Interessen durchzusetzen, und andererseits die Schwellenlän-

der bestrebt seien, die ihnen gemäßerer, eigenen Politikansätze zu verteidigen.⁶

Bereits vor Beginn des Gipfels hatten die Äußerungen des südkoreanischen Präsidenten Lee Myung-bak, nach denen keine Einigung im „Währungsstreit“ zu erwarten sei, die allgemein ohnehin bestehende Skepsis mit Blick auf die Erfolgchancen des Seouler Treffens weiter befördert. Nach dem Gipfel fühlten sich viele Kommentatoren bestätigt. So wurde das Schlussdokument meist als eine Erklärung guter Absichten dargestellt. Ein wirklicher Aktionsplan sei darin nicht zu sehen. Als Begründung für das als eher dürftig angesehene Ergebnis wurde angeführt, dass sich der „Sturm“ über den Finanzmärkten, der noch vor kurzem entschiedene Maßnahmen erforderte, gelegt habe und die beteiligten Staaten nun wieder zu ihren individuellen Positionen zurückgekehrt seien.⁷ Eine noch pessimistischere Lesart erklärte das Treffen in Seoul gänzlich für gescheitert, da die Gefahr künstlicher Währungsabwertungen und protektionistischer Maßnahmen ungemindert fortbestehe.⁸

Auch die möglichen Folgen des als unzureichend kritisierten Übereinkommens wurden öffentlich diskutiert. So erwartet der ehemalige argentinische Wirtschaftsminister José Luis Machinea für Lateinamerika einen starken Dollarzufluss und eine verstärkte Tendenz zur Aufwertung der hiesigen Währungen. Dies wiederum könne zu protektionistischen Maßnahmen führen. Somit bestünden „mehr Risiken eines Rückfalls in die Situation von 1930. Besonders hart betroffen sind Länder, die dem Handel gegenüber besonders offen stehen und unter diesen wiederum die Entwicklungsländer“.⁹

“QE2”

Im Zusammenhang mit dem „Währungskrieg“ wurde die jüngste Entscheidung der USA diskutiert, ihre Dollaremmissionen über

³ Vgl. Página 12, 10.11.2010, S. 6.

⁴ Vgl. Buenos Aires Económico, 8.11.2010, S. 1.

⁵ Vgl. Página 12, 10.11.2010, S. 6.

⁶ Vgl. Tiempo Argentino, 6.11.2010, S. 2-3.

⁷ Vgl. La Nación, 13.11.2010, S. 2.

⁸ Vgl. La Prensa, 12.11.2010, S. 3.

⁹ Vgl. José Luis Machinea, Diario Perfil, S.26.

ARGENTINIEN

SOFÍA CHICO

BERND LÖHMANN

19. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

das Quantitative Easing 2 (QE2) zu erhöhen.

In der Bewertung zeigen sich die Kommentatoren geteilt. So gibt es viele Stimmen, die vor den wirtschaftlichen Verzerrungen einer erheblichen Dollarschwächung warnen. Andere Analysten meinen hingegen, die neue Geldexpansion stelle nur eine moderate Summe in Relation zur Größe der amerikanischen Volkswirtschaft dar, und sie schätzen die Inflationsgefahr daher als eher gering ein. Nach dieser Sichtweise hat die Maßnahme der Federal Reserve Bank eher strategisch-politische, denn wirtschaftliche Gründe. So gehe es der Fed möglicherweise darum, die internationale Debatte über die Wechselkurse mit zu steuern und zu untermauern, dass die amerikanische Notenbank die Initiative in der internationalen Geldpolitik behalte.¹⁰ Auch innenpolitische Motive werden vermutet: Die jüngst in den Kongresswahlen zum Ausdruck gekommene Unzufriedenheit der US-Bevölkerung habe mit einer weiteren Maßnahme zur Stimulierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes beantwortet werden müssen.¹¹

Gleichzeit flammte vor dem Hintergrund der währungspolitischen Entscheidungen in den USA die Diskussion wieder auf, ob es nicht sinnvoller sei, die globalen Devisenreserven zu diversifizieren, um die Weltwirtschaft gegen die Schwankungen der bisherigen Leitwährung US-Dollar abzufedern. Eine zunehmend starke Rolle falle demnach den Währungen der Schwellenländer – auch den Währungen lateinamerikanischer Staaten – zu, die sowohl von Investoren der Privatwirtschaft, als auch von den Zentralbanken immer mehr als Devisenreserven eingesetzt würden.¹² Allgemein herrschte aber der Eindruck vor, dass mehr Übereinstimmung bezüglich der Schwächen des gegenwärtigen

Systems bestehe als bezüglich einer gangbaren Alternative in der Zukunft.¹³

Reform der multilateralen Finanzinstitutionen

Die von der G20-Runde beschlossenen Reformen des IWF wurden von der argentinischen Regierung ausdrücklich begrüßt und als Verwirklichung eigener Positionen in Anspruch genommen. Die Zusammensetzung und Funktionsweise der gegenwärtigen internationalen Ordnung sei dadurch gerechter, demokratischer und repräsentativer geworden. In den der Regierung kritisch gegenüberstehenden Medien wurde hingegen darauf hingewiesen, dass die Reform zwar die Position der BRIC-Länder verbessere, nicht aber die Argentinien selbst, da der Stimmenanteil des Landes, der heute bei 0,86 Prozent liegt, weiter reduziert werde.¹⁴

Seit langem ist das Verhältnis der argentinischen Regierung zum IWF höchst angespannt. Dem Währungsfonds wird – so die in Argentinien häufig geteilte und populäre Meinung – eine Hauptschuld für die wirtschaftlichen Probleme Argentinien in der Vergangenheit angelastet. Die jährlichen Prüfungen durch den IWF (gemäß Art. IV seiner Satzung) lässt die argentinische Regierung nicht zu und weigert sich, die Frage der Auslandsschulden beim Pariser Klub unter Mitwirkung des IWF zu verhandeln. Stets wurde in der Vergangenheit die Legitimität des Fonds in Frage gestellt. Insofern war es keine Überraschung, dass sich die argentinische Delegation in Seoul für größeren Einfluss und ein erhöhtes Stimmgewicht für Entwicklungsländer einsetzte.

Zur offiziellen Position Argentinien auf dem G20-Gipfel gehörten darüber hinaus die Forderungen nach einer schärferen Kontrolle der Rating-Agenturen, nach einer vermehrten Regulierung der Steuerparadiese sowie nach der Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Sparanstrengungen in den nationalen Haushalten hielt die argenti-

¹⁰ Vgl. Buenos Aires Económico, 8.1.2010, S. 18.

¹¹ Vgl. José Siaba Serrate, Ámbito Financiero, 8.11.2010, S. 10.

¹² Vgl. Martín Redrado, El Cronista Comercial, 8.11.2010, S. 6.

¹³ Vgl. La Nación, 9.11.2010, S. 6.

¹⁴ Vgl. El Cronista Comercial, 25.10.2010, S. 6.

ARGENTINIEN

SOFÍA CHICO

BERND LÖHMANN

19. November 2010

www.kas.de

www.kas.de/argentinien

nische Regierung hingegen nicht für sinnvoll, sondern sprach sich für weitere Schritte zur Ankurbelung des Konsums aus.

In informellen Expertenrunden war gelegentlich die Rede davon, dass die argentinischen Positionen auf dem G20-Gipfel den wirtschaftlichen Kurs der Regierung im Inland argumentativ mit absichern sollen, der stark auf die Aufrechterhaltung eines hohen Konsums unter Inkaufnahme erheblicher Inflationsraten setzt. Es bestehe die Möglichkeit, dass die Regierung im bevorstehenden Wahljahr das G20-Forum verstärkt dazu nutzen werde, die eigene Politik auf internationaler Bühne ideologisch zu erhöhen, indem sie sie als Gegenmodell zu weltweiten liberalistischen Tendenzen darstellt.

Die Verhandlungen mit dem Pariser Club

Selbst wenn es kein Thema war, das für das G20-Treffen insgesamt Bedeutung besaß, kamen die längere Zeit etwas aus dem Blickfeld geratenen Verhandlungen mit dem Pariser Club im Zusammenhang mit dem Gipfel wieder mit auf die politische Tagesordnung der argentinischen Öffentlichkeit. Zwar verneinte die argentinische Regierung, Gespräche mit den Gläubigern Argentiniens eingeleitet zu haben, aber verschiedene Medien meldeten, Vertreter der Regierung hätten den Gipfel dazu genutzt, einen letzten Versuch vor Ablauf der gegenwärtigen Präsidentschaftsperiode zu unternehmen, um eine Lösung der Schuldenproblematik mit den staatlichen Gläubigern Argentiniens im Pariser Club zu finden. Die Verschuldung beträgt rund 6,7 Milliarden US-Dollar, wobei Deutschland mit 2,7 Milliarden Dollar der größte Gläubiger ist.

Zwei Tage nach dem Gipfel kündigte die Präsidentin in einer landesweit ausgestrahlten Fernseh- und Rundfunkansprache an, dass die Gläubiger eine Einigung akzeptiert hätten, bei der der IWF nicht eingeschaltet werde. Kurz darauf beschrieb der argentinische Außenminister, Héctor Timerman, dies als großen Triumph argentinischer Diplomatie. Als chancenreich wurde am Rande des Gipfels ein Kompromiss gehandelt, der Argentinien erlaubt, halbjährliche Barzahlun-

gen zu leisten, und zwar über einen Zeitraum von maximal drei Jahren und ohne Abschlag auf das geschuldete Kapital.¹⁵

G20-Business-Summit in Seoul

Die Erwartungen der argentinischen Unternehmer im Zusammenhang mit dem parallel stattfindenden Business-Summit in Seoul waren im Wesentlichen darauf ausgerichtet, klar zu machen, dass die Antworten auf die Finanzkrise nicht für alle gleich sein könnten, sondern den Entwicklungsstand der einzelnen Volkswirtschaften berücksichtigen müssten. Nach den Verlautbarungen regierungsnaher Medien ging es vor allem darum zu verhindern, dass die Industrienationen andere dazu drängten, bestimmte Maßnahmen zu beschließen, die sie selbst in ihren Ländern nicht umzusetzen bereit seien. Unter anderem wird der Abbau von Handelshemmnissen angeführt, wie sie etwa auf dem europäischen Agrarmarkt für auswärtige Anbieter weiter bestehen.¹⁶

Eine eher konservative Tageszeitung sieht die Unternehmer mit in der Pflicht. Vor allem große Konzerne könnten zu einem größeren Gleichgewicht innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen beitragen. Ein herausragendes Ziel müsse es sein, die Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom US-Konsum zu vermindern. Auch gehe es darum, Möglichkeiten zu suchen, wie die großen Außenhandelsüberschüsse etwa von China und Deutschland anders als bisher absorbiert werden könnten. Die Lösung wird vor allem in der Erschließung neuer Märkte gesehen, was allerdings mit großen Anstrengungen verbunden sei. Auch Gefahren drohten: Unter anderem wird auf die Furcht von Unternehmen vor willkürlichen Eingriffen etwa der chinesischen Regierung in die Wirtschaft hingewiesen.¹⁷

Deutliche Kritik der regierungsnahen Presse erfährt das Schlussdokument des Business-Summits. Es enthalte keine Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut, lautet der zentrale

¹⁵ Vgl. Clarín, 12.11.2010, S. 31.

¹⁶ Vgl. Buenos Aires Económico, 10.11.2010, S. 5.

¹⁷ Vgl. La Nación, 9.11.2010, S. 6.

Vorwurf. Aber auch insgesamt gingen die Forderungen der Unternehmerschaft in die falsche Richtung: Sparmaßnahmen und Rückführung der öffentlichen Verschuldung, verbesserte Bedingungen für Unternehmen etwa bei Steuern und Abgaben sowie Sicherungen gegen staatliche Eingriffe in die Wirtschaft leisteten einem „erneuten Liberalismus Vorschub“. ¹⁸ Der Aufruf der Unternehmer, die Doha-Runde abzuschließen, sowie die Warnung vor dem Aufkommen eines erneuten Protektionismus werden ebenfalls als Bedrohungen für die wirtschaftliche Lage in den Entwicklungsländern gewertet.

G20 – eine Chance für Argentinien

Die Bewertungen des Gipfels der Regierungschefs in Seoul lassen durchscheinen, dass die G20 – ungeachtet aller Einzelergebnisse – als treues Abbild der Schwierigkeiten einer Weltwirtschaft angesehen wird, in der vor allem der asiatische Einfluss immer deutlicher wird und die Vormachtstellung der USA verblasst. Zwar werden die konkreten Resultate meist als dürftig empfunden, doch gilt die G20 weiterhin als geeignete Basis für den Aufbau eines neuen globalen Steuerungssystems. Außerdem besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Beteiligung Argentiniens an dem Forum eine außerordentliche Chance darstellt. Es eröffnet dem Land die Möglichkeit, sich als wichtiger Akteur auf internationaler Bühne und als einflussreicher regionaler Gesprächspartner zu profilieren. Noch wird allerdings das Defizit beklagt, dass sich die öffentliche Debatte um die Rolle Argentiniens innerhalb der G20 erst in einem Anfangsstadium befindet.

¹⁸ Vgl. Tiempo Argentino, 13.11.2010, S. 5.